

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 42 (1963)
Heft: 9

Rubrik: Chronik des Monats

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Neben anderen, ebenso vernünftigen und allgemein-unverbindlichen Empfehlungen wie Erschließung von Bauland durch das Gemeinwesen (S. 81) und Fortsetzung der Wohnbauförderungsmaßnahmen (S. 83) steht als bodenpolitisches Wundermittel die «Aufhebung der Mietpreispolitik bei den Altwohnungen (S. 82). Unverdrossen trägt Sieber seine sehr fragwürdige Theorie der unterbesetzten Altwohnungen vor.

Siebers «Maßnahmen» lassen die Gewinnmöglichkeiten, die der Liegenschafts- und Bodenbesitz heute bietet, im wesentlichen unangetastet. Sie werden daher den Beifall aller Grundeigentümer finden, die ihre «Freiheit» sorgfältig geschont sehen.

Siebers Streitschrift über die Bodenrechtsinitiative kündigt deutlich an, mit welchen Schlagworten der Vorstoß gebodigt werden soll. Wenn ein Professor schon zum Teil äußerst hanebüchen argumentiert, wie werden erst seine journalistischen Nachbeter dreinhauen!

CHRONIK DES MONATS

Außenpolitik

Es scheint, als komme die internationale Politik in eine etwas raschere Gangart – und deutlich spürt man, daß einige Staaten nicht mitkommen können oder wollen. Ende Juli gaben die Vertreter der USA, Großbritanniens und der Sowjetunion bekannt, daß sie sich über den Abschluß eines Testabkommens geeinigt hätten, das ein Verbot von atomaren Versuchen im Wasser, in der Luft und außerhalb der Atmosphäre vorsieht. Die meisten Staaten der Welt begrüßten diesen Schritt mit warmen Worten, einige schwiegen sich aus – zum Beispiel Kuba –, andere aber waren vehement gegen das Abkommen. Am grimmigsten wird es von den Chinesen bekämpft, die für ihre Argumentation die Argumente der Russen verwenden, die diese noch vor einem Jahr vorbrachten, als sie ein ähnliches Abkommen ebenso lebhaft bekämpften, wie sie es heute befürworten. Auch Frankreich ist gegen einen Beitritt zu diesem Abkommen. In einer Pressekonferenz am 29. Juli hat sich de Gaulle gegen dieses Abkommen und für eine allgemeine Abrüstung ausgesprochen, während er unentwegt die Schaffung seiner «Force de frappe» weitertreibt. Er wandte sich auch mit bestimmten Worten gegen eine atlantische Vorherrschaft und erklärte – was einiges Kopfschütteln erregte –, bis Ende 1963 müsse das Agrarproblem innerhalb der EWG gelöst sein oder die EWG höre auf zu existieren.

Während die DDR sofort ihre Bereitschaft erklärte, das Abkommen zu

unterzeichnen, erhob Bonn ein großes Lamento über diesen Vertrag, der «deutsche Interessen übergehe». Bonn fürchtete auch, mit einer Unterschrift der DDR auf dem gleichen Vertrag, den auch Westdeutschland unterzeichne, werde die DDR aufgewertet, die nach der herrschenden Meinung in westdeutschen Kreisen gar nicht existiert. Nachdem Dean Rusk intensiv mit den westdeutschen Politikern verhandelt hatte, erklärte sich Bonn am 11. August bereit, das Testabkommen ebenfalls zu unterzeichnen. In Westdeutschland fürchtet man nun, es könnten weitere Entspannungsmaßnahmen folgen, die nicht gut ins Konzept der deutschen Außenpolitik passen würden. Die Russen drängen auf einen Nichtangriffspakt zwischen NATO und Warschauer Pakt; es regen sich Stimmen für ein Disengagement in Mitteleuropa; die Amerikaner haben von ihrer Garnison in Berlin einige hundert Soldaten abgezogen – Gründe genug, daß Bonn sehr «beunruhigt» ist . . .

Im Ostblock hat der Streit zwischen Rußland und China an Heftigkeit zugenommen. Beide Seiten werfen sich Vertragsbrüche vor, beide Seiten versuchen, dem andern die Schuld an den Zwistigkeiten in die Schuhe zu schieben. Diese eher merkwürdige weltpolitische Konstellation bringt es mit sich, daß sowohl der Westen wie Rußland Indien bei seiner forcierten Aufrüstung helfen, was vor allem China und Pakistan ungeheuer erbost. Für China ist das der Beweis dafür, daß Chruschtschew zum Lakaien des Kapitalismus geworden ist, für Pakistan ist die Zeit gekommen, sich immer näher an China anzuschließen. Bereits drei Abkommen hat es dieses Jahr mit seinem großen Nachbarn abgeschlossen: nach dem Grenzvertrag und einem Handelsabkommen Ende August auch noch ein Luftfahrtsabkommen, das den Chinesen in Pakistan und den Pakistani in China Landrechte einräumt. Amerika ist darüber sehr empört und hat vorerst einmal ein Wirtschaftsprojekt in Pakistan auf unbestimmte Zeit sistiert.

Amerika hat in Südostasien noch weitere Sorgen: Die Lage in Südvietnam spitzt sich zusehends zu, nicht zuletzt deshalb, weil sich der mit rund einer Million Dollar pro Tag unterstützte Diktator Ngo Dinh Diem zu brutalen Maßnahmen gegen die Buddhisten hinreißen ließ. Washington ist darüber «beunruhigt», kündigte aber an, daß es seine Unterstützung weiterhin leisten werde, um das Volk vor dem kommunistischen Joch zu befreien. Wie kritisch Kennedy die Lage in Saigon einschätzt, zeigt sich daran, daß er Mitte August den bisherigen Botschafter in Südvietnam abberief und an seine Stelle Cabot Lodge schickte, der seinen Posten sogar vorzeitig (am 22. August) anzutreten hatte.

Hat Amerika in Südvietnam Sorgen, so macht die Bildung der Föderation Malaysia, die Großbritannien forciert, nachdem es Sukarno gelungen ist, wieder Sand ins Getriebe zu werfen. Anfangs September untersucht auf seinen Vorschlag eine Kommission der UNO die «Stimmung» auf Nordborneo

und Sarawak daraufhin, ob die dortige Bevölkerung einen Anschluß an die zu bildende Föderation wünscht.

Am 23. Juli kam es zwischen Kairo und Syrien zum Bruch. In heftigen Worten griff Nasser die «faschistische» Baath-Partei an. Am 28. Juli übernahm ein extremer Baathist in Syrien die Macht, der Nasser-Gegner El Hafez, der am 8. März als unbekannter General das Innenministerium übernommen hatte, seither sich aber still und unauffällig eine wichtige Stellung nach der andern verschafft hatte. Von der «arabischen Einheit» ist nicht viel zu verspüren, sosehr auch von ihr geredet wird. Der Krieg im Jemen geht immer noch weiter. Ende August wurde die Meldung über ein völliges Versagen der UNO-Kommission in diesem Gebiet verbreitet, der es weder gelungen ist – wie man hört wegen Unfähigkeit des Sekretariats –, den ständigen Nachschub von Truppen aus Aegypten und Saudiarabien zu entdecken noch zu verhindern. Sollten diese Anschuldigungen zutreffen – und sie scheinen leider zu stimmen –, so muß sich die UNO nicht wundern, wenn man ihr immer weniger Kredit gibt.

Ein schweres Unglück traf am 26. Juli die jugoslawische Stadt Skoplje, die durch ein starkes Erdbeben völlig zerstört wurde. Hunderte von Toten und Zehntausende von Obdachlosen weckten den Helferwillen in aller Welt, trotzdem aber gehen die Bewohner von Skoplje, einer in den letzten Jahren außergewöhnlich gewachsenen Stadt, einem traurigen Winter entgegen. Am 20. August traf Chruschtschew zu einem mehrtägigen Besuch in Jugoslawien ein, ein Zeichen der Annäherung – aber nur der Annäherung! – zwischen Jugoslawien und der Sowjetunion. Nach Meldungen, die seit Ende August immer häufiger auftauchen, scheint sich auch eine gewisse Annäherung zwischen der Sowjetunion und Spanien anzubahnen. So elegant, wie sich Franco seinerzeit vom zusammenbrechenden Nazismus absetzte, so elegant versucht er auch – natürlich nur äußerlich – zu liberalisieren. Während Salazar bis zum bitteren Ende seine afrikanischen Provinzen verteidigen will, ließ Spanien bekanntgeben, daß es seinen afrikanischen Provinzen Rio Muni und Fernando Poo die verwaltungstechnische und wirtschaftliche Autonomie gewähren werde. Was darunter zu verstehen ist, weiß man allerdings vorläufig nicht... Innenpolitisch weht in Spanien hingegen immer noch ein rauher Wind: Anfang September streikten in Asturien bereits rund 19000 Bergarbeiter in den Kohlen- und Eisenerzgruben, ohne daß die Weltöffentlichkeit davon starke Notiz nähme.

Größere Aufmerksamkeit erregte der Marsch von rund 200 000 Weißen und Negern auf Washington, die so für die Gleichberechtigung der Farbigen kämpften. Die Rassenkrawalle nehmen ihren Fortgang, aber es ist nicht zu übersehen, daß die weißen Rassenfanatiker immer mehr in die Defensive geraten.

Am 3. September starb Robert Schuman, der «Vater Europas», der sich um die ersten Schritte der Einigung Europas verdient gemacht hatte.

(Abgeschlossen am 6. September)

Innenpolitik

1945 lehnte es die Gemeinde Chardonne ob Vevey ab, auf ihrem Boden ein Heim für jüdische Flüchtlinge zu beherbergen. Diesen Herbst soll jedoch Staatssekretär Dr. Hans Globke, ein Mann mit tiefbrauner Vergangenheit, der nur dank dem Schutz Adenauers seine Stellung behalten konnte, sich in einer Villa in eben diesem Ort niederlassen. Nazi scheinen die Leute von Chardonne weniger zu stören. Es ist aber zu hoffen, daß im Schweizervolk sich eine Protestwelle erhebt, die den Herrn Globke davon abhält, in der Schweiz einen schönen Lebensabend zu verbringen. Spanien, Portugal oder Südafrika wären seiner Geisteshaltung angepaßtere Länder . . .

Ob das Schweizervolk genügend laut protestieren wird, ist sehr fraglich. Als sich nämlich Mitte August eine Anti-Italiener-Partei konstituierte, war die Empörung über diesen schändlichen Schritt lange nicht so groß wie die Zustimmung. Nach einigen Tagen aber fiel die Partei wieder zusammen, nachdem sie nicht unwesentlich durch das Fernsehen und den «Blick» bekanntgemacht worden war. Man soll aber nicht glauben, daß mit dem Zusammenbruch dieser Partei in unserem Volk auch der Zorn auf die Süditaliener verschwunden wäre! Der italienische Botschafter hat in Bern beim Bundesrat, der italienische Generalkonsul in Zürich beim Regierungsrat Protest eingelegt. Gegen die Abschiebung einiger kommunistischer Gastarbeiter, die unter den Süditalienern Propaganda für die Kommunistische Partei Italiens machten, protestierten bisher aber nur die Kommunisten, obwohl dieser Schritt unserer Bundespolizei rechtlich kaum stichhaltig war. Denn bisher ist beispielsweise noch nicht bekannt geworden, daß auch italienische Geistliche ausgewiesen worden wären, die die Gastarbeiter aufforderten, die Christdemokraten zu unterstützen . . .

Die Verschmutzung unserer Gewässer – in jeder Chronik muß das festgestellt werden – macht alarmierende Fortschritte. Im oberen Urnersee mußte das Baden verboten werden, weil die Gesundheit der Badenden im verschmutzten Wasser gefährdet würde. Auch der Bodensee ist stark gefährdet. Die «Deutsche Forschungsgemeinschaft» Bad Godesberg hat eine Denkschrift veröffentlicht, in der festgehalten wird, daß im Bodenseewasser krebserregende und krebserfördernde Stoffe enthalten sind. Man ist zum Ergebnis gekommen, daß Trinkwasser ohne Aktivkohlebehandlung gefährlich ist! Die Bevölkerung scheint den Ernst der Lage immer noch nicht erfaßt zu haben. Zermatt hingegen hat sich die bittere Lehre zu Herzen genommen. Am 25. August stimm-

ten die Stimmberechtigten mit 212 gegen 28 Stimmen dem Bau einer Kläranlage samt Sammelkanalisation für 5 Millionen Franken zu. Diese Anlage, die neben die im Bau befindliche Kehrrechtverbrennungsanlage zu stehen kommen wird, wird die Wasserverhältnisse entscheidend verbessern. Der angerichtete Schaden ist jedoch damit noch lange nicht überwunden. Der Fremdenverkehr in der Schweiz ging nach den bisherigen Zahlen in diesem Jahr um einige Prozent zurück. Eine Typhusepidemie wird in der Öffentlichkeit eben schneller bekannt als die Sanierung der Wasserverhältnisse.

Am 26. August beschloß der Bundesrat, das Atomtestabkommen zu unterzeichnen. Am 1. September gab der Bundesrat bekannt, daß ab 2. September der Treibstoff-Zollzuschlag von 5 auf 7 Rappen erhöht werde. (Am 5. März 1961 hatten die Stimmbürger bekanntlicherweise den Zuschlag von 7 Rappen abgelehnt.) Dieser Beschluß wurde deshalb so überraschend gefaßt, um den Benzinimporteuren möglichst wenig Gelegenheit zu geben, sich einige Millionen unverdiente Gewinne zuzuschauen, wie sie es beim letzten Zollzuschlag getan hatten. Der Bundesrat sah sich zu diesem Aufschlag gezwungen, weil die Gesamtkosten des Nationalstraßenbaus infolge der allgemeinen Teuerung und der rasend steigenden Bodenpreise von 5,7 Milliarden, wie man vor zwei Jahren geschätzt hatte, auf rund 12,5 Milliarden Franken angewachsen sind. Bis 1980 soll das 1830 Kilometer messende Nationalstraßennetz erstellt sein, von dem diesen Herbst 237 Kilometer (rund 10 Prozent) in Betrieb sein werden. Was der Nationalstraßenbau wirklich kosten wird, kann man aber heute überhaupt noch nicht abschätzen!

Zwei Unglücksfälle erregten die Schweiz sehr. Ende August ertranken in Lausanne zwei Offiziersaspiranten, die bei einer «Übung» mit Helm, Bergschuhen, Sturmgewehr und Überkleidern im kalten Genfersee schwimmen mußten, lautlos untergingen und nicht mehr ins Leben zurückgerufen werden konnten. Man kann nur hoffen, daß die Verantwortlichen streng geprüft werden, ob sie ihren Pflichten wirklich nachgekommen sind. Auf alle Fälle darf man bezweifeln, ob solche «Übungen» nötig sind, um unsere Wehrkraft zu stärken!

Am 4. September traf die Schweiz das schwerste Flugunglück ihrer Geschichte: Kurz nach dem Start in Kloten stürzte eine Caravelle aus bisher nicht abgeklärten Gründen mit 80 Personen an Bord am Rand von Dürrenäsch (AG) ab. Alle Insassen waren sofort tot. Das Unglück löste in der ganzen Schweiz größte Anteilnahme aus, nicht zuletzt deshalb, weil in diesem Flugzeug mehr als 40 Bewohner der Gemeinde Humlikon mitflogen, die in Genf eine landwirtschaftliche Ausstellung besuchen wollten. Viele Kinder dieser rund 220 Einwohner zählenden Bauerngemeinde wurden Waisen, das Dorf wird diesen Verlust auf Jahre hinaus schmerzlich spüren.

(Abgeschlossen am 4. September)